



Der Medwedew-Faktor

Russlands gewünschte Modernisierung

REINHARD KRUMM
September 2010

- Die Präsidentschaft von Dmitrij Medwedew ist eng verbunden mit der Modernisierung Russlands. Darunter versteht er neben technischen und wirtschaftlichen Innovationen auch dringend notwendige Reformen des politischen Systems. Deshalb kann von einem Medwedew-Faktor gesprochen werden. Doch bisher ist es ihm nicht gelungen, die Gegner auf staatlicher Seite in sein Vorhaben einzubinden.
- Die Regierungsmacht in Russland steht erneut vor der Gretchenfrage: Wie soll das politische System reformiert werden, ohne dass es in Schwingungen gerät und ähnlich wie das der Sowjetunion instabil wird? Gelingt es Medwedew, dem von ihm initiierten Projekt zu einer breiten Unterstützung in der Elite und der Gesellschaft zu verhelfen? Die Motivation, Russland endlich von einem aufholenden zu einem agierenden, in sich selbst ruhenden Staat zu verwandeln, stammt aus den Folgen der Wirtschaftskrise.
- Die Gesellschaft erwartet vom Staat die Schaffung eines rechtsstaatlichen Rahmens für ein sozial gesichertes Leben. Doch die Regierung ist trotz öffentlicher Bekenntnisse nicht an einem öffentlichen politischen Diskurs über die Zukunft des Landes interessiert. So hat sich die Staatsduma, das Parlament, bisher einer Debatte um die Inhalte der Modernisierung entzogen.
- Außenpolitisch zeigt der Medwedew-Faktor bereits Wirkung. Sowohl die Beziehungen zu den USA als auch zu den neuen EU-Mitgliedsstaaten aus Osteuropa haben sich deutlich verbessert. Ein neuer START-Abrüstungsvertrag ist mit den USA unterzeichnet worden, die Modernisierungspartnerschaft mit der EU hat außenpolitische Priorität. Russland unter Medwedew steht eindeutig für eine Westorientierung.



Inhalt

1. Einleitung	3
2. Historischer Rückblick – Modernisierung unter den Zaren und westliche Theorien	4
3. Skolkowo – Russlands Modernisierungszentrum	5
4. Innenpolitik – Modernisierung ohne Opposition	6
5. Wirtschaftspolitik – Modernisierung der Produktion	9
6. Außenpolitik – Modernisierungspartnerschaft mit dem Westen	11
7. Gesellschaft – Objekt der Modernisierung	13
8. Ausblick	14
Literatur	16

1. Einleitung

»In Russland gibt es keine Straßen, sondern nur Richtungen.« Diese alte Redewendung stammt noch aus den Zeiten, als die Postkutsche auf dem Weg von Moskau in die Regionen entweder im Schlamm oder im Schnee stecken blieb. Inzwischen hat der Asphalt dafür gesorgt, dass immer mehr Ortschaften und Ansiedlungen nicht nur bei gutem Wetter zu erreichen sind; doch bei weitem nicht alle, das wissen Reisende, wenn sie sich in die Provinz aufmachen. In einer Untersuchung des World Economic Forums zur Transportinfrastruktur liegt Russland im Bereich Straßenbau weit abgeschlagen auf Platz 111 (vgl. World Bank 2010).

So kommt neben dem Flugzeug der Bahn, einst das wichtigste Instrument zur Erschließung des Riesenreiches, die Aufgabe in Zentralrussland zu, Zeit und Raum schrumpfen zu lassen. Statt der komfortablen jedoch langsamen Nachtzüge zwischen Moskau und St. Petersburg schafft nun tagsüber ein Schnellzug die etwa 650 Kilometer in 3,5 Stunden, ideal für Geschäftsleute. Das Sapsan (Wanderfalke) genannte Feuerross steht exemplarisch für die von Russlands Regierung angestrebte Modernisierung durch Beschleunigung.¹

Das Signal kam vor einem Jahr, als Präsident Dmitrij Medwedew (45) einen Artikel mit der programmatischen Überschrift »Russland – vorwärts« veröffentlichte. »Die Ziele sind ambitioniert«, erklärte er einer Gruppe von ausländischen Experten wenig später in Moskau. Die letzten zehn Jahre habe man auf Stabilität gesetzt, gut so, »aber das reicht nicht mehr«. Es könne nicht angehen, so der Präsident, dass bei einem Zusammenbruch des Rohstoffmarktes sofort die russische Wirtschaft kollabiere. Deshalb bedürfe es einer umfassenden Modernisierung Russlands: technisch, aber natürlich auch politisch und wirtschaftlich.

Und seitdem vergeht kaum eine Woche, in der nicht das Wort »Modernisierung« in der Überschrift eines Zeitungsartikels auftaucht: »Modernisierung als Heilung«, »Modernisierung ohne Entlassung«, »Bürokratie gegen Modernisierung«, »Beschleunigung der Modernisierung«, »Enklavenmodernisierung«, »Modernisierung: Autoritarismus oder Freiheit?« und schließlich die nicht

ganz unberechtigte Befürchtung über die »Feinde der Modernisierung«.²

Die Artikel sind Ausdruck eines hohen Interesses an dem Thema, an seiner Bedeutung sowie an seiner Dringlichkeit. Und das hat mit der Person des Präsidenten zu tun. Analog zum Gorbatschow-Faktor entwickelt sich ein Medwedew-Faktor, also eine Personifizierung der Reformen und der damit verbundenen Hoffnungen. Denn das noch junge Staatsoberhaupt hat in den zwei Jahren seiner Amtszeit genau die ins Land gebracht.

Im Gegensatz zu seinen beiden Vorgängern bevorzugt er das ruhige Wort, hört zu und ist zu einem öffentlichen Dialog bereit. Er ist Pragmatiker, hält wenig von großen Plänen, die nicht durchzuführen sind. Auch wenn für manchen Beobachter seine beiden Projekte, Kampf gegen Korruption und für Modernisierung, sehr ambitioniert erscheinen. Diesem jungen Mann, der twittert und bloggt, nimmt man sein Projekt ab, vorerst.

Die Diskussionen zeigen jedoch, wie unterschiedlich die Auffassungen darüber sind, was Modernisierung bedeutet, welche Bereiche davon betroffen sind und, nicht weniger wichtig, welche nicht. Während sich in der Öffentlichkeit nur eine kleine Minderheit von Experten über das Thema streitet, hält das Parlament eine Debatte darüber bisher für nicht sinnvoll. Und der Staat tut das, was er immer tut: Er gründet eine präsidentiale Kommission und plant zudem eine Modernisierungsabteilung im Kreml.

Für einen ersten inhaltlichen Vorstoß sorgte Anfang des Jahres eine Studie des Instituts für moderne Entwicklung (InSoR), eine Erfindung des russischen Präsidenten Medwedew, der der Institution auch vorsitzt. In dem der Öffentlichkeit vorgestellten 66-Seiten-Papier mit dem Titel »Russland im 21. Jahrhundert: das Modell einer wünschenswerten Zukunft«³ zeichnen die Autoren ein Russland nach westlichem Vorbild: demokratischer Rechts- und Sozialstaat, außenpolitisch im westlichen Bündnis eingebunden, eine Nato-Mitgliedschaft nicht ausgeschlossen.

2. In der Reihenfolge der Erwähnung: *Wedomosti* vom 10.3.2010; *Iswestija* vom 31.12.2010; *Nesawissimaja Gaseta* vom 29.1.2010; *Wedomosti* vom 31.3.2010; *Nesawissimaja Gaseta* vom 25.5.2010; *Nowaja Gaseta* vom 12.7.2010 und *Wedomosti* vom 5.4.2010.

3. Institut Sowremennogo Raswitija: *Rossija XXI Weka: obras shelajemogo sawtra*, Moskau 2010. Eine Zusammenfassung in deutscher Sprache findet sich in der *IPG*, Heft 2: 111–130, Bonn 2010.

1. Diesen Begriff prägte der Historiker Roland Cvetkovski mit seiner gleichnamigen Studie über Raum und Mobilität im Zarenreich.

Schnell kamen da Erinnerungen an die Zeit des russischen Präsidenten Boris Jelzin hoch, dessen Präsidentschaft von 1991 bis 2000 genau mit diesem Ansatz verbunden ist. Gerade der erste Außenminister Russlands nach dem Ende der Sowjetunion, Andrej Kosyrew, hatte es sich zur Aufgabe gemacht, Russland in westliche Strukturen zu integrieren. Der Erfolg blieb jedoch aus, im Gegenteil, die Nato expandierte bis an die russische Grenze.

Auch innenpolitisch werden die Jelzinschen Reformen sehr kritisch betrachtet und allgemein unter dem Begriff »Zeit der Wirren« gefasst, der zurückgeht auf eine kurze Herrschaft Polens über Russland im 17. Jahrhundert. Denn die Reformen von Jegor Gajdar, dem damaligen Ministerpräsidenten unter Jelzin, hätten zur Verarmung vieler Bürger beigetragen, die Privatisierung durch den Vizepremier Anatolij Tschubajs zur Bereicherung einiger weniger, der sogenannten Oligarchen.

Entsprechend wurden die Herausgeber des InSoR-Berichts, Igor Jurgens und Jewgenij Gontmacher, heftig kritisiert. Zu radikal sei der Ansatz, erneut würde einer Revolution das Wort geredet statt einer Evolution. Aus den Kreisen der Regierungspartei Einheitliches Russland war schon im November 2009 auf einem Parteitag die Wortschöpfung »konservative Modernisierung« als Lösung ausgegeben worden. Eigentlich eine *contradictio in adjecto*. Doch sollte so auf eine behutsame Modernisierung hingewiesen werden, die weder das System und die Machtverhältnisse in Frage stellen noch zu einer Destabilisierung des Landes führen würde.

Andere stellten das Konzept einer Modernisierung komplett infrage. Zum einen, weil Russland nicht bereit sei, angeblich aus kulturellen Gründen, zum anderen, weil Russland es nicht nötig habe, dieses westliche Konzept zu verfolgen. Witalij Tretjakow, einst meinungsbildender Chefredakteur der legendären Glasnost-Zeitung *Moskowskije Nowosti* und der in den frühen Jelzin-Jahren bissigen *Nesawissimaja Gaseta*, hält von der Aufholjagd Russlands gegenüber dem Westen rein gar nichts. Das sei, wie die Geschichte mehrfach bewiesen habe, nutzlos, sein Land benötige typisch russische Reformen. Dahinter verbirgt sich der alte russische Wunsch, nicht mehr Getriebener zu sein, sondern Akteur der Modernisierung.

Die graue Eminenz der russischen Regierung, der erste stellvertretende Leiter der Präsidialadministration und Wortpräger der »souveränen Demokratie«, Wladislaw

Surkow, glaubt daran, dass »ein Wunder möglich ist«. Eine Modernisierung ist unumgänglich, denn »heute gleicht die russische Wirtschaft einem alten Panzerzug ohne Lokomotive«. Ein wenig bewege er sich noch, aber bald werde er zum Stillstand kommen.

Und was dann? Lieber jetzt Reformen mit einem ungewissen Ausgang, so verblüfft der als konservativer Hardliner bekannte Surkow die Leser der liberalen Wirtschaftszeitung *Wedomosti*, als keine Reformen mit einem garantiert schlechten Ausgang.⁴ Er weiß, wovon er spricht, hat er doch unter Pseudonym, unter dem Familiennamen seiner Frau, eine sehr realistische Novelle über das heutige Russland geschrieben mit dem bezeichnenden Titel *Nahe Null* (Dubowizki 2010).

2. Historischer Rückblick – Modernisierung unter den Zaren und westliche Theorien

Über die Gefahr eines Stillstandes dachten auch die russischen Zaren und sowjetischen Generalsekretäre nach, als sie radikale Reformen in Angriff nahmen, um Staat und Gesellschaft zu modernisieren. Ihnen blieb bei der jeweiligen Rückständigkeit des Landes nichts anderes übrig. Es begann im 17. Jahrhundert mit Peter dem Großen, der mit dem Bau der Hauptstadt St. Petersburg für Russland ein Fenster nach Westen öffnete.

Die Zarin Katharina die Große folgte im 18. Jahrhundert und erlaubte, neben anderen Dingen, erstmals die Eröffnung privater Druckereien, ein unverzichtbares Instrument für die unabhängige Meinungsäußerung. Gleichwohl war es der bis heute sowohl in Russland als auch im Westen vergleichsweise unpopuläre Alexander II., der in den 1860er Jahren die Leibeigenschaft aufhob und Rechtsreformen durchführte. Ihm gelangen Erfolge, weil er keine Revolution anzettelte, sondern zu Kompromissen bereit war und seine Gegner einbezog.

Diese sogenannten großen Reformen kamen in Wellen, gefolgt von langen Perioden der Stagnation. Der amerikanische Russlandforscher Richard Pipes führt diese sinuskurvenartigen Reformen in origineller Weise auch auf das Kontinentalklima Russlands zurück. Auf die fieberhafte und extensive Arbeit der Bauern im Frühjahr und Sommer folgte langes Ausruhen im Herbst und Winter. Nirgendwo sonst in Europa, so der Historiker, »findet sich

4. Interview mit Wladislaw Surkow in *Wedomosti* vom 15.2.2010.

ein solcher Mangel an gleicher, moderater und gut verteilter Arbeit als in eben dem großen Russland« (Pipes 1995: 142).

Als Beleg mögen die sowjetische Industrialisierung und Kollektivierung der Landwirtschaft unter Josef Stalin in den 1930er Jahren dienen, der große Sprung, bei denen Millionen von Menschen umkamen. Es dauerte lange, sicherlich auch den schrecklichen Folgen des Zweiten Weltkrieges geschuldet, bis die Sowjetunion erneut begann, sich zu modernisieren, mit einer allerdings bezeichnenden Ausnahme: der Rüstungs- und Raumfahrtindustrie.

Erst unter dem letzten Generalsekretär der Kommunistischen Partei Michail Gorbatschow erlebte die Sowjetunion eine Reform- und Modernisierungswelle, die weitreichende Wirkung haben sollte: Der zu modernisierende Staat hielt die Erschütterungen nicht aus und zerfiel. Das war nicht vorhersehbar – und möglicherweise wäre die Sowjetunion ohnehin zerbrochen. Doch jede Regierung Russlands wird sich dieses Beispiel der Modernisierung genau anschauen und die Risiken überdenken, die eine solche Politik in sich birgt.

Darüber geben auch die Modernisierungstheorien Auskunft, die seit dem Ende des 19. Jahrhunderts im Westen wissenschaftlich populär wurden. Offenheit und der Mut zu Veränderungen galten als Voraussetzung für eine erfolgreiche Modernisierung. Wissenschaft, Technologie und Bildung bildeten das Fundament. Damit verbunden war im 20. Jahrhundert eine säkulare, materialistische und individuelle Lebensgestaltung, die, so der Zeitgeist, allen anderen Gesellschaftsformen überlegen war. Also galt als modern, was Westeuropa oder die USA als solches bestimmten.

Zu den wichtigsten Merkmalen der Moderne gehören »Selbstbewusstsein, Selbstbestimmung und Selbstverwirklichung«, so schreibt der Philosoph Jürgen Habermas in seinem Buch *Der philosophische Diskurs der Moderne*. Gleichwohl sind auch negative Entwicklungen wie die Zerstörung der Natur, kulturelle Homogenisierung, Auflösung von Traditionen und Genozid Teil der Moderne. Diese Stichwörter weisen auf die Problematik zwischen Moderne und Gewalt hin (vgl. dazu Plaggenborg 2006: 334 ff).

In den 1970 Jahren begannen westliche Wissenschaftler den ungebrochenen Glauben an Fortschritt und Moder-

nisierung zu kritisieren und forderten die Einordnung der Moderne in die Geschichte. In den 1990er Jahren kam es dann in Osteuropa und in Russland zu einer neuen Modernisierungsdebatte, in der die Modernisierungsgegner Reformen westlicher Prägung als unübertragbar auf Russland verurteilten, weil sie den Besonderheiten der russischen Gesellschaft und des Staates nicht Rechnung tragen könnten.

Die Kernfrage lautet: Führen Industrialisierung und wirtschaftlicher Aufschwung direkt zu sozialen und politischen Veränderungen? Führende Theoretiker argumentieren, dass zunehmender Wohlstand Demokratie stabilisiert, weniger aber sie errichtet. Gleichwohl geht Wissenschaft noch immer davon aus, dass wohlhabende Gesellschaften einen höheren Grad an Bildung, Kommunikation und sozialer Gerechtigkeit aufweisen sowie eher zur Ausbildung einer Mittelklasse beitragen als andere Gesellschaften. Grundlage seien dabei demokratische politische Institutionen (vgl. Berman 2009). Vor allem diese Behauptung ist in Russland umstritten.

3. Skolkowo – Russlands Modernisierungszentrum

Diese demokratischen politischen Institutionen besitzt Russland *de jure*, doch *de facto* sind sie nicht immer arbeitsfähig. Das Land wird oftmals durch Macht und Zufall regiert, nicht mittels Gesetz oder durch Institutionen. Deshalb befindet sich das Kernstück der erneuten russischen Modernisierung, das Innovationsstädtchen Skolkowo, westlich von Moskau, auch nicht in der Verantwortung von Parlamentariern, sondern in der eines einflussreichen Geschäftsmanns. Diese Verschiebung von politischer Verantwortung auf einen Vertreter der Wirtschaft, der den Vergleich mit einem Oligarchen nicht scheuen müsste, wurde damit begründet, dass ein Bürokrat der anstehenden Aufgabe nicht gewachsen sei.

Wiktor Wekselberg (53), erfolgreicher Geschäftsmann und Kunstliebhaber, ist für den Aufbau und das Gelingen des russischen Silicon Valley zuständig. Der stellvertretende Vorsitzende des britisch-russischen Erdölunternehmens TNK-BP, dessen persönliches Vermögen das US-amerikanische Wirtschaftsmagazin *Forbes* auf knapp fünf Milliarden Euro schätzt, soll den Aufbau des Städtchens, dessen Kosten bis 2015 auf 2,76 Milliarden Euro veranschlagt werden, organisieren.

Auf etwa 500 Hektar Fläche sollen Einfamilienhäuser und ansprechende Mietwohnungen für bis zu 30 000 Menschen gebaut werden, neben wissenschaftlichen Einrichtungen und einer urbanen Infrastruktur. Den zukünftigen Bewohnern werden Steuererleichterungen angeboten, Polizei und andere staatliche Institutionen sollen »ordentlich« arbeiten, also anders als im Rest des Staates. Für all diese Besonderheiten müssen knapp ein Dutzend Gesetze umgeschrieben werden.

Die Gedankenfabrik soll ihre Arbeit spätestens 2012 aufnehmen. Dann soll dort das Problem gelöst werden, an dem Russland seit Jahrhunderten leidet: die Vereinigung von Wissenschaft und Wirtschaft. Ideen sollen generiert und von Unternehmen in konkurrenzfähige Produkte umgesetzt werden. Deshalb werden in Skolkowo nicht nur Wissenschaftler, sondern auch Vertreter von Unternehmen ihren Sitz haben. Zudem besteht die Hoffnung der russischen Betreiber, zunehmend auch ausländische Firmen für das Projekt gewinnen zu können.

Dieses Projekt ist mit dem Namen des russischen Präsidenten Medwedew verbunden. Im Sommer machte er sich auf den Weg nach Kalifornien, um sich das Original anzuschauen. Dabei traf er auch den Apple-Boss Steven Jobs, der ihm das neueste Mobiltelefon seines Unternehmens als Geschenk überreichte. Genau diese Art von Produkten soll in Skolkowo entwickelt werden, damit das Land endlich beginnt zu produzieren, statt einfach nur Rohstoffe zu verkaufen.

Die Reise Medwedews diente auch dazu, den westlichen Ländern deutlich zu machen, wie ernst es die russische Regierung meint mit der Modernisierung des eigenen Landes – und mit der russisch-westlichen Partnerschaft. Damit sind vorerst die anti-westlichen Ressentiments der zweiten Putin-Amtszeit beendet: Russland orientiert sich vornehmlich gen Westen, weniger Richtung Asien. Machte sich einst Peter der Große auf den Weg nach Holland, um Anregungen zu erhalten, so flog Medwedew 300 Jahre später in die Neue Welt. Von dort soll auch die Kampagne zur Imageverbesserung Russlands ausgehen: Verantwortlich für die Entwicklung des neuen Images zeichnet schon seit einigen Jahren die US-amerikanische PR-Agentur Ketchum.⁵

Zum neuen Image gehört auch die Website Modern Russia (www.modernrussia.com), die, laut Anschreiben der ebenfalls um Russland besorgten deutschen Kommunikationsagentur dimap, »präzise Informationen über das Investitionsklima und die ökonomischen Möglichkeiten für Geschäftsleute in Russland« bietet sowie »anregende Analysen von unabhängigen Experten über die bevorstehenden Chancen«.

4. Innenpolitik – Modernisierung ohne Opposition

Innenpolitisch steht die Regierung vor derselben Gretchenfrage, wie einst Michail Gorbatschow vor einem Vierteljahrhundert, als sein Umbau, die Perestrojka begann. Damals stand die sowjetische Führung vor einem fundamentalen Dilemma: Radikale wirtschaftliche Reformen sind unmöglich ohne politische Reformen, »und weil die Parteiführung sich vor politischen Reformen fürchtete, war es eher unwahrscheinlich, dass sie radikale wirtschaftliche Reformen vollziehen würde« (Brown 2008: 97).

Sicherlich kann das heutige politische System Russlands schon aufgrund eines fehlenden ideologischen Überbaus mit dem der Sowjetunion nicht verglichen werden. Aber das Dilemma bleibt, dass eine einschneidende Modernisierung das bisher scheinbar stabile Politikgebäude so in Schwingungen versetzen kann, dass das Resultat nach den Reformen nicht mehr zu steuern sein könnte. Für die politische Elite ein Albtraum.

Doch wo sind dann die politischen Akteure der Modernisierung? Wo ist die Generation M (wie Modernisierung), von der Russlands inhaftierter Oligarch Michail Chodorkowski spricht? Kann eine Elite, die vom *status quo* profitiert, Reformen durchführen, die eben diesen infrage stellen?

Einige Antworten lassen sich in einer Umfrage finden, die das Institut Nikkolo M im Frühjahr 2008 durchführte.⁶ Etwa 1000 Vertreter der oberen 20 Prozent der Bevölkerung, Unternehmer, Wissenschaftler, Juristen und hochrangige Beamte aus den Machtministerien (Inneres,

5. Piar modernizazii (deutsch: PR der Modernisierung), in: *Wedomosti* vom 23.7.2010.

6. Die Angaben beziehen sich auf einen Vortrag von Igor Mintussov, dem Direktor von Nikkolo M auf der Konferenz »Modernisierung Russlands und die Zivilgesellschaft« in Barnaul vom 19. bis 20. Juni 2010.

Sicherheit, Armee) wurden nach ihrer Einschätzung zur Modernisierung ihres Landes befragt.

Zunächst ist diese elitäre Gruppe daran interessiert, dass die Macht, also Regierung und Bürokratie, sie unterstützt und dass sie dieser Macht von Nutzen sein darf: eine Hand wäscht die andere. An einer offenen Gesellschaft besteht kein Interesse. Das ist wenig überraschend. Erstaunlich jedoch ist die Einschätzung der Stabilisierungspolitik während der Amtszeit von Präsident Putin (2000–2008). 61 Prozent sind der Meinung, die Machtverhältnisse haben zur Ineffizienz geführt, nur 29 Prozent glauben das Gegenteil. Ebenfalls negativ ist die Einschätzung für die Bereiche »soziale Ungerechtigkeit hat zugenommen« (85 Prozent), »Rechtsstaatlichkeit hat abgenommen« (70 Prozent) und »Gesundheitsversorgung hat sich verschlechtert« (68 Prozent).

Und gefordert werden, auch wenn die Forderungen im Widerspruch zur Ablehnung einer offenen Gesellschaft stehen: politische Konkurrenz, größere Rolle des Parlaments, Wahl der Gouverneure und eine Gerichtsreform. Diese Umfrage zeigt, wie gespalten schon die politischen und wirtschaftlichen Entscheidungsträger der mittleren und höheren Ebene sind – aber auch, wie modernisierungsbedürftig das Land ist.

Inzwischen ist die Regierungspartei »Einheitliches Russland« vom Präsidenten, der ebenso wenig Mitglied ist wie der Parteivorsitzende Wladimir Putin, aufgefordert worden, sich an die Spitze der Bewegung zu setzen. Neue Kader sollen ausgebildet und Modernisierungsprojekte vorgeschlagen und umgesetzt werden. Bisher ist es Medwedew nicht gelungen, entscheidende Posten in Wirtschaft und Politik mit ihm nahe stehenden Personen zu besetzen. Das gilt auch für die Minister- und Gouverneursposten. Seine engsten Berater sind die Ökonomen Igor Jurgens (58) mit dem *think-tank* InSoR sowie Arkadij Dworkowitsch (38). Aufgrund der zu erwartenden Widerstände müssen sie sich vergleichen lassen mit den einflussreichen und durchsetzungsstarken Beratern Gorbatschows wie Alexander Jakowlew und Georgij Schachnasarow.

Bei einer komfortablen Zwei-Drittel-Mehrheit in der Staatsduma, dem russischen Parlament, wäre es schon nach der Bedeutung des Wortes »Duma«, welches vom russischen Verb »dumat« (denken) hergeleitet ist, sinnvoll für eine Regierungspartei, dort über die Programma-

tik der Modernisierung mit den anderen drei Parteien zu diskutieren. Doch das Parlament, so höhnt das Boulevardblatt *Moskowskij Komsomolez*, »macht einen abwesenden Eindruck«. ⁷

Gemeint ist die Gewohnheit, dass einige wenige Abgeordnete für die überwiegende, abwesende Mehrheit mit abstimmt. Die Abgeordneten haben den Ruf, sich eher um ihre Geschäfte zu kümmern, als um das Wohl des Volkes. Boris Gryslow, Dumavorstzender und führendes Mitglied von Einheitliches Russland rutschte kürzlich die Bemerkung heraus, dass die Duma nicht der Platz für Diskussionen sei.

Freilich fehlt es nicht nur an einer öffentlichen Diskussion über Politik, es mangelt auch an der Umsetzung der schließlich getroffenen Entscheidungen. Nach Angaben der Hauptkontrollabteilung des Präsidenten nahm die Anzahl der Anordnungen des Präsidenten an die Regierung von 1354 im Jahr 2008 auf 1753 im Jahr 2009 zu, also etwa um 30 Prozent. Gleichwohl nahm die Durchführung der Anordnungen nur um 15 Prozent zu. ⁸ Mit anderen Worten: Die Regierung unter Wladimir Putin (58) reagiert nicht immer auf die Anordnungen von Dmitrij Medwedew. Die kühle Reaktion des Präsidenten lautete: »Wer nicht ausführt, geht auf die Straße.«

Sicherlich ist nicht sein Premier gemeint. Das Tandem Putin-Medwedew, das haben beide mehrfach betont, ist aus einem Holz geschnitzt. Doch während Putin das Image des starken und stabilisierenden Politikers hat, baut sein Nachfolger sich ein anderes auf: das des Modernisierers, der auch zuhören kann. Ob er mit diesem Image in die Geschichte eingehen wird, hängt allein vom Erfolg der Modernisierung ab. Und der wiederum vom berühmten Zeitgeist: Ist Russland zur Modernisierung bereit, oder geht es auch ohne, also mit einer Fortführung des so scheinbar Bewährten nach altem sowjetischem Vorbild?

Die Bürokratie, nichts Neues in Russland, blockiert Neuerungen. Die unter dem Präsidenten Putin eingeführte Machtvertikale, also die Ausführung von Anordnungen ohne lange Diskussionen von der Zentrale bis in die Regionen, ist in einem so großen Land wie Russland kaum

7. Gosduma imejet otsutstwujuščitschij wid (deutsch: Die Staatsduma macht einen abwesenden Eindruck), *Moskowskij Komsomolez*, 7.6.2010.

8. Ne wsegda porutschatsja (deutsch: Es kann nicht immer beauftragt werden), *Kommersant*, 17.3.2010.

durchzuhalten. Die Existenz ganz unterschiedlich strukturierter Regionen, trotz Gouverneurernennung durch den Kreml, erschwert aber die Umsetzung der Ideen von Medwedew.

Es erscheint kaum möglich, das Land auf ein einheitliches Verständnis von Modernisierung einzuschwören. Denn die großen Städte haben davon ein anderes Verständnis als das rohstoffreiche und selbstbewusste Sibirien, als der verarmte Ferne Osten oder als der muslimisch geprägte Nordkaukasus. Da hat das Zusammenschnurren der Zeitzeilen von elf auf neun nur kosmetischen Charakter.

Im Nordkaukasus hat der Sonderbeauftragte des Präsidenten, Alexander Chloponin (45), im neu geschaffenen achten Föderalbezirk zunächst einmal genug damit zu tun, eine Waffenruhe herzustellen. Denn in den vergangenen Monaten kam es fast täglich zu Terrorakten und Toten in der Bergregion. Und Modernisierung? Ausbau des Tourismus ist die Antwort, doch wer will schon als Tourist in eine Region kommen, in der neben den Terroristen die Ordnungskräfte durch willkürliches Vorgehen die Bevölkerung in Angst und Schrecken versetzen.

Widersprüche über Widersprüche. Zum einen bereitet die Präsidialadministration einen Verhaltenskodex für Beamte vor, auf der anderen Seite war der eigenmächtige Präsident der Republik Baschkiriens nur bereit in den Ruhestand zu gehen, sofern ihm persönliche und finanzielle Immunität garantiert würde. Und von den Duma-Abgeordneten nennen immerhin drei einen Maybach und sechs einen Bentley ihr Eigen.⁹

Auf der einen Seite existiert ein Rat beim Präsidenten zur Entwicklung von Zivilgesellschaft und Menschenrechten. Dmitrij Medwedew nimmt ihn ernst und gibt ihm dadurch eine Bedeutung, die er vorher nicht hatte. Die ehemalige Vorsitzende Ella Pamfilowa sah diesen Rat als Mediator zwischen Macht und Zivilgesellschaft. Doch musste sie sich stets vor der aktiven Zivilgesellschaft rechtfertigen, warum sie gemeinsame Sache mit dem Staat machte, und nachweisen, welche Ergebnisse der Rat vorweisen konnte.

Auf die Vorwürfe und Fragen der aktiven Zivilgesellschaft Antworten zu geben, fällt nicht immer leicht. Vor allem dann nicht, wenn derselbe Präsident, der so viel Wert auf zivilgesellschaftliche Rechte legt, eine Gesetzesänderung

unterschreibt, die genau diesen widerspricht. Sie trägt die Bezeichnung »Prophylaktisch zu tätigende Maßnahmen durch die Organe des föderalen Sicherheitsdienstes« und ist Teil des Sicherheitsdienstgesetzes. Damit hat der Sluschba Besopasnosti Rossijskoj Federazii (FSB/Bundesagentur für Sicherheit der Russischen Föderation), Zugriff auf Personen, die sich gesetzestreu verhalten, bei denen aber der Verdacht besteht, dass sie eine Gefahr für die Sicherheit des Landes darstellen.

Menschenrechtler befürchten, dass bei für den Staat unliebsamen Demonstrationen Miliz und Sicherheitsdienst freien Zugriff auf die Teilnehmer haben. Frau Pamfilowa sah das ähnlich. In einem Schreiben an den Präsidenten warnte der Rat vor einer Wiederauferstehung »von nicht-gesetzmäßigen Praktiken eines totalitären Staates«. ¹⁰ Doch die Stimme blieb ungehört. So trat Ella Pamfilowa zurück, ohne Angabe von Gründen.

Wo war da der Medwedew-Faktor? Wo war seine Stimme, diese Gesetzesnovellierung an die Duma zurückzuschicken mit dem Auftrag, sie zu verbessern? Diese Widersprüche sind es, die die Oppositionszeitung *Nowaja Gaseta* (Neue Zeitung) dazu bringen, mit der Überschrift »Ende der politischen Saison« (*Nowaja Gaseta*, 2.8.2010.) zu titeln. Hauptthese: »Die Hoffnung auf Demokratisierung war voreilig.« Andere Beobachter sehen das Ende des Tauwetters gekommen, ein Begriff, der sich auf die kurze Reformperiode unter Generalsekretär Nikita Chruschtschow Mitte der 1950er Jahre bezieht.

Vielleicht ist dieser Pessimismus voreilig. Der Chefredakteur des kritischen Radiosenders *Echo Moskwy*, der in diesem Jahr sein 20-jähriges Jubiläum feiert, hält ohnehin wenig von Rücktritten aufgrund staatlichen Drucks. »Wir sollen uns dahin bewegen, dass es zu einem zivilisierten Dialogs zwischen Macht und Menschen kommt« (Interview in *Nowoje wremja*, 23.8.2010).

Teilt man die Meinung, dass es in Russland zwei politische Lager gibt, wobei das eine die Modernisierung vorantreiben will, auch die politische, und das andere Lager höchstens eine technische Modernisierung anstrebt, so zeigen die letzten beiden Ereignisse, dass der Kampf noch nicht entschieden ist. Warum auch, nach nur zwei Jahren der Amtszeit Medwedew?

9. Kadrowyje oschibki (deutsch: Kaderfehler), *Wedomosti*, 17.5.2010.

10. Ella Pamfilowa bolsche ne dajot sowetow presidentu (deutsch: Ella Pamfilowa gibt dem Präsidenten keine Ratschläge mehr), *Kommersant*, 31.7.2010.

Wer welchem Lager angehört, ist nach dem InSoR-Direktor Igor Jurgens eindeutig. Auf der einen Seite der Reform steht der Präsident, auf der anderen Seite die »eurasische, sich verteidigende konservative Position«, die auf eine starke Armee setzt, auf den Öl- und Gassektor und die sich wenig verspricht vom Westen.

Damit unterstützt Jurgens die These vom progressiven Präsidenten Medwedew und dem konservativen Premier Putin. Demnach habe sich seit dem Amtsantritt des jungen Präsidenten das Klima gegenüber der Zivilgesellschaft eindeutig verbessert und Kampagnen gegen Andersdenkende seien weniger geworden. Ein neues Miliz-Gesetz sei ins Internet gestellt worden, damit die Bürger es kommentieren können. Allein der Medwedew-Faktor Sorge dafür, dass über eine allumfassende tiefgreifende Modernisierung nachgedacht werde.

Hingegen bemängeln die Kritiker, dass Wahlfälschungen weiter bestehen, Richter nach dem »Telefonrecht« entscheiden, also dass ein Vorgesetzter telefonisch eine bestimmte Entscheidung einfordere, Demonstranten zusammengeprügelt werden, genauso wie unliebsame Journalisten. Gouverneure werden noch immer ernannt, die Opposition sei chancenlos, denn eine öffentliche politische Debatte über wichtige Themen finde nicht statt, schon gar nicht im Parlament.

Allein das Internet biete ein Refugium, aber auch das sei durch den Staat bedroht. »Gespräche über Modernisierung und Innovationen, der Aufbau des oligarchischen Skolkowo, das russische Silicon Valley, haben keinerlei Bezug zur Realität« kritisiert ein Papier von Boris Nemzow und Wladimir Milow, zwei ehemaligen Minister (Nemzow, Milow 2010: 44).

Also doch eine einheitliche Macht, freilich mit unterschiedlichen Auffassungen? Schauen wir noch einmal auf Michail Gorbatschow. Einer seiner besten westlichen Kenner, der Brite Archie Brown bemerkt, dass in den ersten beiden Jahren sich nur der Regierungsstil verändert habe. Aber Gorbatschow sei lernfähig gewesen, die eigentlichen Reformen begannen später.

5. Wirtschaftspolitik – Modernisierung der Produktion

Die hohe Abhängigkeit Russlands von den Rohstoffpreisen zeigte sich besonders während der Wirtschaftskrise 2008. Der Erdölpreis fiel auf etwa 40 US-Dollar pro Barrel, und auf einmal musste die Haushaltsplanung komplett umgestaltet werden. Russland retteten die hohen Rücklagen und Währungsreserven. Der Schock sitzt jedoch tief ob der späten Einsicht, dass eine rohstofforientierte Wirtschaft in Zeiten wirtschaftlicher Instabilität hohe Risiken birgt.

Drei wirtschaftspolitische Szenarien hat das InSoR für Medwedew deshalb ausgearbeitet, um auf weitere Wirtschaftskrisen besser vorbereitet zu sein. Das erste Szenarium, das dem Inhalt des Regierungsprogramms *Russland 2020* entspricht, hält Aleksej Wedew, Leiter des Zentrums für strategische Studien der Moskauer-Bank, für riskant, weil es von hohen Zuwachsraten ausgeht, die in unsicheren Zeiten nur schwer zu prognostizieren sind.

Das zweite Szenarium sieht vor, dass sich die Wirtschaft in etwa so entwickelt wie in den letzten Jahren: hohe Abhängigkeit von den Erlösen aus dem Verkauf von Rohstoffen und das Finanz- und Bankensystem stagniert, da andere Märkte unterentwickelt bleiben. Am interessantesten erscheint das dritte Szenarium, das des balancierten Wachstums. Durch Diversifizierung der Produktion und eine Modernisierung des Finanzsektors könnten die Ziele angegangen werden, die sich die Regierung gestellt hat: Der Rubel als internationale Devisenreserve und der Aufstieg Moskaus zu einem internationalen Finanzzentrum.

Gerade der sensible Finanzsektor in Russland ist mit ein Grund für die verstärkten Anstrengungen der Regierung, das Land zu modernisieren. Denn Russland ist international nicht konkurrenzfähig, so der neueste Jahresbericht des Schweizer Internationalen Instituts für Management-Entwicklung.¹¹ Diese Auswertung findet seit 1989 statt und gilt als sehr aussagekräftig.

Danach liegt Russland auf dem 51. von insgesamt 58 Plätzen. Schlecht schneidet das Land vor allem in folgenden Bereichen ab: Geschäftseffektivität (Produktion, Führung), Struktur der Wirtschaft (Preise), Produktionseffek-

11. Vergleiche die Website www.imd.ch sowie den Artikel *Stabilno nesposobna* (deutsch: stabil unfähig), *Wedomosti*, 20.5.2010.

tivität (Gesetzgebung) und Infrastruktur (Gesundheitsversorgung). Während Singapur auf dem ersten Platz liegt, die USA auf Platz drei, Deutschland auf Platz 16, endet die Liste mit der Ukraine (57) und Venezuela (58).

Bedenklich ist zudem der hohe Kapitalabfluss. Allein im ersten Quartal 2010 flossen 12,9 Milliarden US-Dollar ab. Das ist zwar weit weniger als im vierten Quartal 2008 während der Krise (134 Milliarden US-Dollar) oder im Jahr 2009 (57 Milliarden US-Dollar) (vgl. E.on/Ruhrgas 2010). Doch das abgeflossene Kapital bedeutet auch, dass Russland wichtige Investitionsmittel fehlen, die für die Modernisierung so entscheidend wären.

Im Jahr 2009 gingen die Gesamt-Investitionen um 19 Prozent zurück, jedoch sehr unterschiedlich auf die verschiedenen Regionen verteilt. Während vor allem in Moskau und St. Petersburg die Investitionen abnahmen, wurden sie in politisch relevanten Regionen erhöht. Zu diesen zählen die Region Krasnodar (wegen der Winterspiele in Sotschi 2014) sowie in die Region Primorje (wegen des Gipfeltreffens des Asiatisch-Pazifischen Wirtschaftsrates) (vgl. Subarewitsch 2010).

Dabei hat die Krisenbekämpfung den russischen Staat ohnehin schon viel Geld gekostet. Für das Jahr 2009 waren 1,2 Trillionen Rubel (38 Milliarden Euro) vorgesehen, die auch fast komplett ausgegeben wurden. Das Bruttoinlandsprodukt stieg im ersten Quartal 2010 im Vergleich zum vierten Quartal 2009 um 0,6 Prozent.

Während die Produktion von Waffen 2009 auf 5,7 Milliarden Euro Erlös anstieg, liegt die Produktion von hochwertigen Produkten der russischen Leichtindustrie danieder, denn dieser Industriezweig hat praktisch aufgehört zu existieren. Nach dem Zerfall der Sowjetunion wurde der Zusammenbau von elektronischen Geräten wie Kühlschränken, Fernsehern und Radios eingestellt, weil sie nicht mehr zu verkaufen waren. Auch Kleidung wird nicht mehr im Land hergestellt, sondern teuer aus den westlichen Staaten oder billig aus China importiert.

Dabei wären Qualitätsprodukte mit der Aufschrift »Made in Russia« eine innovative Modernisierungsleistung. »Aber leider«, so kritisiert der einflussreiche Wissenschaftler Wladislaw Inosemzew, »interessiert kaum jemanden dieser einzig wichtige Indikator des Erfolgs der vaterländischen Modernisierung« (Inosemzew 2010). Bisher reagierte Russland auf den Niedergang der eigenen

Produktion damit, Produktionsstätten ausländischer Firmen im Land anzusiedeln. Im nächsten Schritt sollen dann eigene Produkte auf dem hohen Niveau gefertigt werden.

Der Automobilkonzern AwtoWas gehört sicherlich nicht in die Kategorie der Vorzeigeprojekte Russlands. Die Produktion ist veraltet, liefert aber noch immer ein Prozent des russischen Bruttoinlandsprodukts (BIP). Doch die Fabrik mit etwa 100 000 Arbeitnehmern stellt für die Entwicklung und Modernisierung Russlands ein Problem der besonderen Art dar. Denn die Werksstadt Togliatti ist eine von etwa 800 sogenannten Monostädten, die abhängig sind von nur einem Unternehmen, einer Fabrik. Die Bevölkerung aller Monostädte beträgt etwa 25 Millionen Menschen, die Unternehmen produzieren knapp ein Drittel der gesamten Industrieproduktion Russlands – trotz schlechter Qualität der dort hergestellten Produkte.

Die Existenz dieser Monostädte bedroht den sozialen Frieden im Land, denn bei Finanzschwierigkeiten eines Unternehmens steht unmittelbar die Existenz einer ganzen Stadt, ja einer Region auf dem Spiel. Zu Zeiten der Sowjetunion und geplanter Preise überlebten sie; in einer freien und internationalen Marktwirtschaft ist ihre Zukunft sehr ungewiss. Eine Modernisierung ist möglich, wie einige positive Beispiele in den neuen Bundesländern Deutschlands belegen, aber der Widerstand der örtlichen Elite wird hoch sein – ebenso hoch wie gegen den russischen Beitritt zur Welthandelsorganisation, der sich seit Jahren hinzieht. Politiker und Unternehmer fürchten die ausländische Konkurrenz mit ihren möglichen negativen Folgen für die eigene Wirtschaft – und in der Folge soziale Probleme.

Die Schnittstelle zwischen wirtschaftlichem Wachstum und einer unterstützenden Sozialpolitik ist in Russland auch nach fast 20 Jahren Transformation nicht ausreichend beachtet worden. So kam es in den Monaten der Krise immer wieder zu Protesten, gerade in Monostädten. Bisher wurden die Probleme mit kurzfristigen Geldinfusionen gelöst, doch die Strukturprobleme bleiben. Hinzu kommen die noch immer niedrigen Renten, die mangelhafte Krankenversorgung und die fast nicht vorhandene soziale Absicherung bei Unfall oder Arbeitslosigkeit.

Gerade hier war in der Bevölkerung die Hoffnung groß, dass der neue Präsident nach der Stabilisierungspolitik seines Vorgängers Putin für Veränderungen sorgen würde. Trotz öffentlicher Diskussionen, auch im staatlich

kontrollierten Fernsehen, ist es der Regierung bisher aber nicht gelungen, ein überzeugendes Programm vorzulegen. Ohne Reformen in diesem so sensiblen Bereich, das wissen die politischen Entscheidungsträger in Moskau und vor Ort, ist das Land schwerer zu regieren, weil die Proteste zunehmen werden.

Eine Verbesserung der sozialen Lage, die nicht auf dem Prinzip der Almosenvergabe, sondern auf der Grundlage von Verfassung und Gesetz basiert, würde Medwedew hohen Zuspruch bringen. Auch die Verminderung der Schattenwirtschaft, die die Weltbank auf knapp 50 Prozent des BIP schätzt, stellt eine Herkulesaufgabe dar. Nicht minder schwierig ist die Herstellung von hochwertigen Produkten, die Russland von den Preisen der Rohstoffe unabhängiger machen und gleichzeitig in Krisenzeiten die soziale Absicherung der Bevölkerung besser sicherstellen kann.

6. Außenpolitik – Modernisierungspartnerschaft mit dem Westen

Das internationale Petersburger Wirtschaftsforum hatte sich der Präsident ausgesucht, um sich vor allem an die hochrangigen internationalen Teilnehmer zu wenden: »Russland muss ein attraktives Land werden, wohin Menschen aus der ganzen Welt auf der Suche nach ihren besonderen Wünschen streben« (Medwedew 2010). Ehrliche Absicht, ein Wunschdenken oder reine Propaganda? Lassen sich aus den innenpolitischen Modernisierungsansätzen Folgen für die Außenpolitik ableiten?

Der Medwedew-Faktor ist eine nicht zu unterschätzende Größe für Russlands Image im Westen. Die außenpolitische Bilanz seines Vorgängers fiel verheerend aus: So fanden sich weder im Osten noch im Westen Partner, die die Unabhängigkeit der von Georgien losgetrennten Territorien Abchasien und Süd-Ossetien anerkennen wollten. Nicht ein Land der ehemaligen Sowjetrepubliken, noch nicht einmal Belarus, erkannte diese Territorien als unabhängig an! Der russisch-georgische Krieg fiel zwar zeitlich schon in die Amtszeit von Medwedew, aber noch nicht in die Zeit seiner eigenständigen Politik – er verwaltete da noch das außenpolitische Erbe seines Vorgängers.

Diese Variante des russischen Sonderweges ist nun beendet. Zunächst haben sich die russisch-amerikanischen Beziehungen verbessert, was einen neuen START-Abrüs-

tungsvertrag zur Folge hat. Dieser Vertrag führt zwar keinen weiteren Abbau der strategischen Nuklearstreitkräfte ein, hat aber seine Bedeutung in der Wiederbelebung des russisch-amerikanischen Abrüstungsdialogs, sofern er ratifiziert wird.

Die neue bessere Kommunikation zwischen den beiden Staaten hat auch Auswirkungen auf anzustrebende Lösungen des Krieges in Afghanistan sowie der fast permanenten Iran-Krise. Zum einen führen die Nachschubwege der internationalen ISAF-Kräfte zum Teil durch Russland und zum anderen hat Moskau Sanktionen gegen den Iran zugestimmt. In einer Presseerklärung garantiert das russische Außenministerium vollständige Kontrolle über den iranischen Nuklearreaktor Buscher, der mit Moskaus Hilfe im August 2010 fertiggestellt wurde: »Das schließt die Möglichkeit jeglicher Manipulation mit dem angereicherten Atombrennstoff aus« (Presseerklärung 2010). Die Bilanz nach einem Jahr des *reset* ist gleichwohl gemischt. Während Russlands Regierung recht zufrieden ist, halten nicht wenige Experten, auch im US-amerikanischen Außenministerium, die Ergebnisse für nicht ausreichend.

Bei einem alljährlichen Sommertreffen in Moskau empfahl Präsident Medwedew seinen Diplomaten mit folgenden Ländern Kontakte zu pflegen, wenn es um Modernisierung geht: Deutschland, Frankreich, Italien, insgesamt die EU und die USA (Medwedew 2010a). Da trifft er auf dankbare Gesprächspartner, gerade in den genannten EU-Ländern. Für deren Regierungen ist er ein Politiker, der viele Russland-Kritiker im eigenen Land verstummen lässt. Denn deutlicher als in der Innenpolitik kommt der Medwedew-Faktor im Ausland zum Tragen.

Was unter Putin nach seiner berühmten Rede auf der Münchner Sicherheitskonferenz im Februar 2007 lange Zeit unmöglich schien, wird nun offen angesprochen – die Mitgliedschaft Russlands in der Nato. Während Außenminister Sergej Lawrow inzwischen öffentlich darüber spricht, dass die Nato keine Gefahr für Russland darstelle (Lawrow 2010), so veröffentlichten der ehemalige deutsche Verteidigungsminister Volker Rühle und der russische Nato-Botschafter Dmitrij Rogosin einen gemeinsamen Artikel in der Süddeutschen Zeitung vom 15.7.2010 mit der Überschrift: »Russland gehört in die NATO«. Dieser Überzeugung ist auch Medwedews Ratgeber Igor Jurgens, der zunächst eine politische, dann eine militärische Kooperation fordert.

Für die Modernisierung schaut Russland zum einen in Richtung USA, deshalb auch der Besuch Medwedews in Kalifornien, zum anderen aber vor allem nach Europa. Eine Modernisierungspartnerschaft mit der EU wird angestrebt. Doch bisher ist der Funke nicht auf die EU-Bürokraten übergesprungen. Ein neues Abkommen zwischen den beiden Partnern ist bisher nicht in Sicht, konkrete Vorhaben wie die Visafreiheit werden nicht umgesetzt.

Zudem verstehen beide Seiten unter »Modernisierung« etwas anderes. Während der EU vor allem Reformen in den Bereichen Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte wichtig sind, steht für Russland der Wissens- und Technologietransfer an erster Stelle. Ein gemeinsames Papier der Wissenschaftler Andrej Sagorski und Sabine Fischer macht auf dieses Missverständnis aufmerksam: Die eine Seite spreche von Äpfeln, die andere von Birnen.

Und trotzdem sind die Ziele Russlands – nämlich Effizienz, Diversifizierung, Wissensgesellschaft sowie ausländische Investitionen – eigentlich nur mit der EU als Partner zu erreichen. Danach scheint Präsident Medwedew zu streben. Ebenso danach, dass Russland nicht als ewiger Spielverderber in den internationalen Beziehungen auftritt. Die vorsichtige Aussöhnung mit Polen sowie die Verbesserung der Beziehungen mit den baltischen Staaten zeugen davon.

Präsident Medwedew und Bundeskanzlerin Angela Merkel verfolgen die Idee eines Russland-EU-Komitees für Außen- und Sicherheitspolitik. Es soll im Gegensatz zum Nato-Russland-Rat auf Ministerebene tagen. Dieser Vorschlag ist ein erstes Resultat der Initiative Medwedews, die bisherigen europäischen und atlantischen Sicherheitsstrukturen zu erneuern.

Unklar sind weiterhin die Ambitionen Russlands im »nahen Ausland«, also in den ehemaligen Sowjetrepubliken mit Ausnahme der baltischen Staaten nach der NATO-Osterweiterung. Das Interesse des Kremls an Einfluss ist hoch, wie man am Georgienkrieg beobachten konnte. Auch der Machtwechsel in der Ukraine, hin zu einem auch nach Osten schauenden Präsidenten Wiktor Janukowitsch, wird in Russland als weitere Chance betrachtet, Einfluss zurückzugewinnen. Tatsächlich gelang es, den Stützpunkt Sewastopol der russischen Schwarzmeerflotte bis 2035 zu pachten, in dem die Ukraine im Gegenzug preiswertes Erdgas beziehen darf.

Mit dem Programm der Östlichen Partnerschaft bemüht sich die EU darum, die Länder, die zwischen EU-Territorium und Russland liegen, in einen Modernisierungsprozess einzubinden. Dem gegenüber stehen Russlands Interessen. Möglich wäre hier perspektivisch eine gemeinsame Modernisierungspartnerschaft zwischen Russland, den sechs ehemaligen Republiken der Sowjetunion, die Teil der Östlichen Partnerschaft sind, und der EU, was aber eine kohärente EU-Ostpolitik voraussetzt.

Überraschend war die ablehnende Antwort Moskaus auf die Bitte aus dem Krisenland Kirgisistan Truppen zu entsenden, um für Ordnung zu sorgen. Das kleine und arme zentralasiatische Land drohte im Chaos zu versinken. Die Region tut sich schwer, sich mit den anderen großen Nachbarn wie China, Iran und Türkei zu arrangieren. Der Kreml jedoch schien in dieser Region noch am ehesten Einfluss zu haben. Und Russland ist an den Energieresourcen interessiert. Umso erstaunlicher war es, wie unangenehm sich der Kreml mit dem Weißen Haus über Hilfsmaßnahmen einigte. Beide Länder betreiben Militärbasen unweit der kirgisischen Hauptstadt Bischkek.

In dieser Zurückhaltung wollen einige politische Beobachter Russlands eine Schwäche sehen. So ist sich der nationalkonservative und stets auf geopolitische Entwicklungen schauende Publizist Alexander Dugin sicher, dass die sich verändernde russische Außenpolitik nichts Gutes bringe. »Die USA und der Westen warten darauf, dass der neue Kurs des Präsidenten Medwedew so verläuft, wie er unter den Präsidenten Gorbatschow und Jelzin verlaufen ist, und irgendwann beginnt Russland Positionen aufzugeben – in entfernten Gebieten, im nahen Ausland und auf dem eigenen Territorium« (Dugin 2010).

Zwischen dieser Meinung und der im Augenblick verfolgten offiziellen Meinung liegen Welten, so scheint es. Und doch werden diese beiden Meinungen ständig in den verschiedenen Fluren der Macht in Russland diskutiert. Das stellt keine neue Entwicklung dar, sondern ist seit Peter dem Großen Thema. Falsch wäre es, nur von Russland eine eindeutige Absichtserklärung zu verlangen. Denn Anlass zum Misstrauen gibt es auf beiden Seiten. So ist die Aussage des Staatsministers im Auswärtigen Amt, Werner Hoyer, nicht hoch genug einzuschätzen, der davon spricht, das »Urmisstrauen gegen Russland« abzubauen, das noch immer in Mittel- und Osteuropa existiere (Hoyer 2010).

7. Gesellschaft – Objekt der Modernisierung

Die Aussicht, dass der Staat die Modernisierung des Landes vornehmen will, sollte die Gesellschaft eigentlich elektrisieren, sie begeistern. Ein veralteter Zustand wird durch einen neuen ersetzt. Schaut man jedoch in die russische Geschichte, so kommen dem ausländischen Beobachter, mehr noch dem russischen Bürger Zweifel. Denn unklar ist, ob der neue Zustand nach den Reformen tatsächlich besser ist als der vorherige. Und wie hoch ist der Preis, den der Bürger zu zahlen hat – weniger der monetäre als der seelische und physische?

Immerhin hat die Regierung begriffen, dass im 21. Jahrhundert ambitionierte Reformen nur mit der und nicht gegen die Gesellschaft durchzuführen sind. Der Erfolg des Projektes, so der Präsidentenberater Dworkowitsch, »hängt ab von der Tiefe der realen Zusammenarbeit zwischen Macht und Gesellschaft bei der Projektierung konkreter Maßnahmen«. Und natürlich, so fügt er hinzu, sei die Wirtschaft der dritte Partner, wenn es um Innovationen gehe.

Ist die russische Gesellschaft überhaupt bereit zur Modernisierung, erkennt sie ihre Notwendigkeit und wenn ja, welche Resultate erhofft sie sich? Zu dieser Frage erstellte das Institut für Soziologie der Akademie der Wissenschaften gemeinsam mit der FES 2010 eine Studie auf der Basis einer repräsentativen Umfrage,¹² die große Aufmerksamkeit in Russland erhielt und auch von der PR-Internetsite Modern Russia zitiert wurde.

Dabei waren die Ergebnisse bei weitem nicht eindeutig. Deutlich ist die Einschätzung der politischen und sozialen Lage. Etwa drei Viertel schätzen die Lage im Lande als »problematisch« ein, nur etwa jeder sechste hält sie für »normal«. Im Jahre 2008 hielt noch knapp die Hälfte die Situation für »normal«. Gleichwohl halten im Durchschnitt ein Drittel der Bürger ihre persönliche Lage für positiv. Dabei führen die jungen Menschen mit 58 Prozent, während bei den über 60-Jährigen diese Einschätzung nur 18 Prozent teilen.

Trotz dieser relativen Zufriedenheit mit dem eigenen Leben erkennen die Bürger Probleme, die sie in ihrer Ent-

wicklung und Entfaltung behindern. Deshalb erwarten sie von einer Modernisierung Gleichheit vor dem Gesetz (41 Prozent), Kampf gegen die Korruption (38 Prozent) und soziale Gerechtigkeit (31 Prozent). Die Wiedergeburt russischer Werte oder die Demokratisierung spielen eine nur untergeordnete Rolle.

Die Akteure der Modernisierung sind die Institutionen »Präsident« (71 Prozent Zustimmung) und »Regierung« (57 Prozent Zustimmung), das Problem sind die staatlichen Stellen »Miliz« (58 Prozent Misstrauen) und »Gerichte« (53 Prozent Misstrauen). Mit anderen Worten: Schuld an der Misere sind nicht die Entscheidungsträger auf höchstem Niveau, sondern die Ausführungsorgane. Diese Betrachtungsweise des russischen Volkes hat Tradition. Die obersten Dienstherren, ob Zar, Generalsekretär oder nun Präsident, handelten in den Augen der Bürger meist gut, jedoch werden die Anordnungen nicht durchgeführt.

Genau an den Ausführenden sind bisher fast alle Modernisierungsversuche gescheitert. Die Regierung ist nicht in der Lage, ihre Reformansätze so auszuarbeiten und vorzustellen, dass sie breite Unterstützung finden. Es fehlt zudem der Sexappeal der Modernisierung. Und aus dieser seit Jahrhunderten gewachsenen Skepsis entsteht eine Personengruppe, die offiziell die Reformen unterstützt, sie jedoch tatsächlich sabotiert.

Bis jetzt ist unklar, ob Medwedew das Zeug dazu hat, diese inhärente Reformresistenz zu überwinden. Aufgrund der unterschiedlichen Botschaften, die Präsident und Premier an das Volk weitergeben, wird dem Bürger nicht deutlich, ob es diesmal ernst gemeint ist mit Reformen oder nicht. Und in den staatlichen Stellen stellt sich die Frage, was den Verlierern der Reformen angeboten wird. Wird es einen Kompromiss geben oder wie so häufig nur Gewinner und Verlierer?

Die Gesellschaft erkennt im Staat, so das Ergebnis nicht nur dieser zitierten Umfrage, den eigentlichen Bremser jeglicher Reformen. Wie soll ihm dann Vertrauen entgegengebracht werden, diese Reformen auch umzusetzen, wenn Beamten insgesamt nicht zugetraut wird, bei der Modernisierung eine positive Rolle zu spielen (18 Prozent)?

Stattdessen ist der Glaube an Gott hoch (60 Prozent), auch an sich selbst (49 Prozent), weniger jedoch an das

12. Rossijskaja Akademija Nauk, Institut Soziologii, in Zusammenarbeit mit der FES: Gotowo li rossijskoje obschtschestwo k modernisazii (deutsch: Ist die russische Gesellschaft bereit zur Modernisierung), Moskau 2010.

Schicksal (35 Prozent). Die russische Gesellschaft, so die Studie, ist bereit für die Modernisierung. Aber aufgrund der Besonderheiten der nationalen Mentalität, so die Autoren, ist die Aufgabe »mehr als schwierig«. Premier Putin stehe in diesem Sinne dem Volk näher als Präsident Medwedew. Eine weitere Untersuchung belegt diesen Schluss, sie besagt, dass Russen »Sicherheit und Schutz von Seiten eines starken Staates« besonders hoch schätzen, weniger jedoch das Risiko (Magun/Rudnew 2010). Und damit sind Reformen stets verbunden.

Für die aktive Zivilgesellschaft freilich verhält es sich anders. Für sie steht Premier Putin für eine Wiederbelebung autoritärer Herrschaft und Bereicherung einiger Weniger, während die Einschätzung zu Medwedew sich ändert. Zu seinem Amtsantritt waren die Hoffnungen groß, inzwischen ist die Ernüchterung überwältigend. Er sei eine Marionette der Machtministerien, allein Putin entscheide.

Gleichwohl steht er noch immer für eine Balance zwischen Altem und Neuem, als ein Technokrat, der seine Wurzeln im universitären Bereich hat, nicht im Geheimdienst, und der auf Befindlichkeiten der Zivilgesellschaft reagiert, wenn auch zu wenig, so der Vorwurf. Aber er nennt die Probleme beim Namen, immer wieder. Das hat zwar auch sein Vorgänger zum Teil schonungslos getan, aber dem neuen Präsidenten nimmt man es eher ab. Auch das ist Teil des Medwedew-Faktors.

Doch wenn keine Taten folgen, wird es ihn nicht mehr lange geben, denn die Geduld der Bürger wird schwinden. 2011 stehen Duma-Wahlen an, 2012 Präsidentenwahlen. Sollten sich die politischen Verhältnisse nach den Wahlen nicht geändert haben, dann wird Medwedew als gescheiterter Präsident in die russische Geschichte eingehen.

8. Ausblick


Wie so häufig in der Geschichte birgt die Zukunft Russlands viele Unwägbarkeiten. Faktoren, die eine politische oder wirtschaftliche Krise auslösen könnten, gibt es viele. Es herrscht eine stabile Instabilität. Um diesen Zustand in eine belastbare Stabilität umzuwandeln, versucht sich das Land erneut zu modernisieren. In erster Hinsicht durch den Import von Hochtechnologie, aber in zweiter auch durch Reformen im politischen und wirtschaftlichen Bereich.

Dabei wirkt so mancher Ansatz, so manche Diskussion veraltet, unglücklich, ja bisweilen überflüssig. Doch die Idee der Reformen ist natürlich richtig. Ein Land, dessen Bevölkerung keine politischen Alternativen hat, der selten Gerechtigkeit widerfährt, die sozial nicht abgesichert ist, in dem der größte Automobilproduzent noch immer ein Modell mit Design und Technik der 1970er Jahre anbietet und in dem die Korruption die Bildung zukünftiger Generationen gefährdet, braucht dringend Veränderungen.

Ob Russland sich in ein anderes, ein freieres, gerechteres und politisch stabileres Land verwandeln wird, hängt zu einem großen Teil von Dmitrij Medwedew ab. Das ist so in einem Staat mit einer Präsidialverfassung. Nach den turbulenten Jahren der Reformen unter Gorbatschow und Jelzin wären gewagte und revolutionäre Schritte politischer Selbstmord – zumal die Zeit der Stabilisierung von 2000 bis 2008 in der Gesellschaft populär ist.

Medwedew steckt in der Reformfalle. Wenn er nichts tut, wäre das schlecht für das Land, wenn er viel modernisiert, dann streikt ein einflussreicher Teil der Elite, vielleicht auch das Volk. So wird der Präsident den Kompromiss suchen müssen, den Zar Alexander II. fand, indem er die kritische Elite in den Veränderungsprozess mit einband. Er muss klar und deutlich umreißen, was durch die Modernisierung konkret erreicht werden soll. Und Medwedew wird nicht daran vorbeikommen, sein Verhältnis zu seinem politischen Ziehvater Putin zu klären, der als Premier noch immer von der Mehrheit der Bürger als eigentlicher Entscheidungsträger betrachtet wird. Putin steht für eine »souveräne Demokratie« und eine »konservative Modernisierung«, Wortpaare, die sich inhaltlich unterscheiden von Medwedews Vorstellungen, die er auf dem zweiten Jaroslawl-Forum 2010 bekräftigte: Abkehr vom Paternalismus, hin zu einem demokratischen Rechtsstaat. Nun müssen Taten folgen, sonst wird der Begriff »Modernisierung« innenpolitisch vom scharfen russischen Humor zerrissen werden und außenpolitisch würde Medwedew an Einfluss und Anerkennung verlieren.

Russland trägt noch schwer am Erbe der Sowjetunion, wirtschaftlich und politisch. Getan hat sich viel in den vergangenen 20 Jahren. Geblieben ist die Abhängigkeit der Gesellschaft vom Staat. Auch die Opposition macht, falls etwas nicht gelingt, sofort den Staat verantwortlich. Es ist eben auch Teil des russischen politischen Systems, dass bis heute unklar geblieben ist, wer welche Entscheidungen trifft, auf wessen Anweisung und warum. Nicht



mehr die berühmte Frage »Wer ist schuld?« steht im Vordergrund, sondern die Frage »Wer hat das erlaubt?«.

In- und ausländische Politiker sind mehr und mehr enttäuscht von einem Präsidenten, der sie gegenüber Kritikern oftmals die *causa* Russlands besser erklären ließ, als unter Putin. Der Prozess, so die Kritik, verlaufe zu langsam. Medwedew sei wohl doch nur ein Mann des Systems. So sprach auch einst der US-amerikanische Russlandexperte und Berater von Präsident Ronald Reagan über Michail Gorbatschow. Er sei ein typisches Produkt der sowjetischen Nomenklatura, der bis heute an sie glauben würde (vgl. Pipes 1995). Wirklich?

Ob nach dem Gorbatschow-Faktor ein Medwedew-Faktor in die Geschichte eingehen wird, bleibt ungewiss. Dem Präsidenten verbleiben noch knapp zwei Jahre bis zu den nächsten Wahlen. Bis dahin wird es kaum gelingen, angeschobene Projekte zu Ende zu bringen. Aber die Weichen könnte er schon stellen. Und spätestens in seiner zweiten Amtszeit wäre er dann in der Lage, einen weiteren technischen Erfolg der russischen Bahn als den seiner Führung auszugeben – die vom Chef der russischen Eisenbahn Wladimir Jakunin angedachte Schnellstrecke Peking–Berlin, die zum größten Teil vom berühmten Strang der Transsib zu leisten wäre.



Literatur

- Brown, Archie** (1997): *The Gorbachev Factor*, Oxford.
- Sheri Berman** (2009): What to Read on Modernization Theory, in: *Foreign Affairs Website*, 12. März 2009.
- Dugin, Alexander** (2010): Shara, otpuska, geopolitika [deutsch: Hitze, Urlaub, Geopolitik], *Iswestija*, 27.7.2010.
- Dubowizki, Natan** (2010): *Nahe Null*, Berlin.
- English, Robert** (2000): *Russia and the Idea of the West*, New York.
- E.on/Ruhrgas** (2010): Russland: *Gesamtwirtschaftliche Entwicklung*, Moskau, 8.7.2010
- Hildermeier, Manfred; Kocka, Jürgen; Christoph, Conrad** (2000): *Europäische Zivilgesellschaft in Ost und West*, Frankfurt am Main.
- Hoyer, Werner** (2010): Die Zeit der Feindbilder ist vorbei, *Süddeutsche Zeitung*, 23.7.2010.
- Inosemzew, Wladislaw** (2010): Made in Russia, *Wedomosti*, 12.7.2010.
- Jurgens, Igor; Gontmacher, Jewgenij** (2010): Russland im 21. Jahrhundert. Modell der gewünschten Zukunft. *IPG 2/2010*: 111–130, Bonn.
- Koenen, Gerd** (2010): *Was war der Kommunismus?* Göttingen.
- Lang, Susanne; Härtel, Alexandra; Bürsch, Michael** (2010): *Zivilgesellschaft und bürgerschaftliches Engagement in Russland*, Berlin.
- Lawrow, Sergej** (2010): Nelsja skasat, tschto NATO predstavljajet dlja nas ugrozu [deutsch: Man sollte nicht sagen, dass die Nato für uns eine Bedrohung darstellt], *Kommersant*, 11.6.2010.
- Magun, Wladimir; Rudnew, Maxim** (2010): Basic Human Values: Similarities and Dissimilarities between Russians and other Europeans. Der Vortrag wurde gehalten auf dem Samuel P. Huntington Memorial Symposium der Higher School of Economics, Moskau, 24.–26. Mai 2010.
- Medwedew, Dmitrij** (2010): Rossija dolshna stat priwlekatelnoj [deutsch: Russland soll anziehend werden], *Strategija Rossii*, Heft 7: 5, Moskau.
- Medwedew, Dmitrij** (2010a): Ne ot MIDa sego [deutsch: Nicht von diesem Außenministerium], *Kommersant*, 13.7.2010.
- Nemzow, Boris; Milow, Wladimir** (2010): *Putin. Itogi. 10 let*, Moskau.
- Presseerklärung** (2010): Presseerklärung 1122 des russischen Außenministeriums vom 20.8.2010, abrufbar unter www.mid.ru.
- Pipes, Richard** (1995): *Russia under the Old Regime*, London.
- Plaggenborg, Stefan** (2006): *Experiment Moderne*, Frankfurt am Main.
- Rossijskaja Akademija Nauk, Institut Soziologii** (2010): *Gotowo li rossijskoje obschtschestwo k modernisazii*, Moskau.
- Sagorski, Andrej; Fischer, Sabine** (2010): Europäische Äpfel und russische Birnen, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 31.5.2010.
- Subarewitsch, Natalia** (2010): Russlands Regionen: Bilanz der Krise und Modernisierungsperspektiven, in: *Russlands Perspektiven der Friedrich-Ebert-Stiftung*, 06/2010, einzusehen unter www.fesmos.ru.
- World Bank Report** (2010): *Russian Economic Report*, Moskau.



Über den Autor

Dr. Reinhard Krumm ist Leiter der Friedrich-Ebert-Stiftung in Russland mit Sitz in Moskau.

Impressum

Friedrich-Ebert-Stiftung
Internationale Politikanalyse | Abteilung Internationaler Dialog
Hiroshimastraße 28 | 10785 Berlin | Deutschland

Verantwortlich:
Dr. Gero Maaß, Leiter Internationale Politikanalyse

Tel.: ++49-30-269-35-7745 | Fax: ++49-30-269-35-9248
www.fes.de/ipa

Bestellungen/Kontakt hier:
info.ipa@fes.de

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Diese Publikation wird auf Papier aus nachhaltiger Forstwirtschaft gedruckt.

ISBN 978-3-86872-456-1